Links) ist ein Begriff aus dem Bereich der Politik. Wenn wir als Wissenschaftler-Innen beanspruchen, *links* zu stehen, so heißt das, den Status eines/einer Intellektuellen einzufordern, der/die sich nicht nur als SpezialistIn innerhalb der eigenen Disziplin hervortut, sondern deren Grenzen überschreitet und reflektierend und handelnd das Gemeinwohl im Blick hat, diejenigen sozialen Bereiche, in denen politische Entscheidungen getroffen werden oder die von ihnen tangiert sind. *Linkssein* erschöpft sich nicht in einer nonkonformistischen Haltung, mit der man die herrschenden gesellschaftlichen Konventionen, Zustände und Selbstverständlichkeiten zwar kritisiert, sie aber resigniert oder zynisch bestehen lässt und sich in einer (geistigen) Welt *à part* einrichtet. *Linke* lassen sich aktiv (in intellektuellen oder direkt politischen Anstrengungen) auf die realen gesellschaftlichen Probleme ein, sie greifen sie an um ihrer Veränderung willen.

Links ist ein relationaler, nicht ein ontologischer Begriff: Mit ihm sind nicht dogmatische Programme und zeitenthobene politische Ziele verbunden. Aber auch wenn bisherige linke Politik schwerlich in die Zukunft lediglich fortgeschrieben werden kann, so stellt die vergangene Geschichte der Linken, ihrer politischen Erfolge und Misserfolge und ihrer Kulturen, doch einen bedeutenden Bezugspunkt für die Gegenwart dar.

Der Begriff (links) gewinnt seine aktuelle Bestimmung aber aus dem dialektischen Bezug auf seinen Oppositionsbegriff (rechts). Während rechte Parteiungen – und dazu gehören heute auch breite Kreise der intellektuellen Eliten – die Interessen herrschender Mächte (in unserer Welt insbesondere die der global operierenden Wirtschaft und Finanz) vertreten, so die linken Gruppierungen diejenigen der real und tendenziell Entrechteten, deren Entfaltungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven durch rechte Politik zumindest eingeschränkt werden. Da sie die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, liegt der Erhalt demokratischer Verhältnisse mehr in ihrem Interesse als in dem der herrschenden Kreise und Eliten.

Links sein heißt folglich, an dem Aufbau und der Organisation von Gegenmacht mitwirken, um die heute weithin herrschende Hegemonie der Rechten aufzubrechen. Mit (Hegemonie) im Sinne Antonio Gramscis ist nicht nur die reale Macht gemeint, sondern vor allem der intellektuelle und kulturelle Konsens, die Meinungsführerschaft, die heute in weiten Bereichen der Linken entglitten sind.

Was heißt in der gegenwärtigen Situation konkret, sich an dem Aufbau von Gegenmacht zu beteiligen? Es heißt, diejenigen Institutionen und Organisationen, die heute den Kampf gegen die neuen, sozial, ökologisch und kulturell verheerenden Offensiven des Kapitals führen, materiell, ideell und handelnd zu unterstützen. Das sind in unserem Land immer noch die Gewerkschaften, es sind die Linkspartei und die vielen politischen und kulturpolitischen Initiativen der

so genannten Zivilgesellschaft, von Attac und medico international, von dem hessischen kommunalpolitischen Wahlbündnis uffbasse bis (so hoffe ich) zum Ulmer Verein –, also Organisationen, die auf sehr unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlicher Reichweite operieren. Es kommt nicht mehr darauf an, dass diese Organisationen bis ins Detail unsere jeweiligen Meinungen vertreten und wir uns mit ganzer Seele ihnen verschreiben können (diese Sehnsucht nach Übereinstimmung kostete die *Linke* der 70er Jahre bei weitem zuviel Energie). Wichtig ist meines Erachtens nur, ob in den Vorschlägen und Vorstellungen dieser Organisationen und Bewegungen, die durchaus unterschiedliche soziale und kulturelle Probleme politisieren, Ansätze zu den besseren Lösungen für die Zukunft erkennbar sind, ob sie daran arbeiten, die Zukunft lebenswert zu gestalten, ein Stück (guten Lebens) (wie es einmal hieß) zu realisieren.

Linke WissenschaftlerInnen sind hier mit ihren Kompetenzen dringend gefragt und gefordert. Außenstehen und Kritiküben hilft wenig. Die Organisationen sind nur so gut, wie wir sie machen und wie wir in ihnen sind. Aber es hilft auch schon, wenn Linke als MultiplikatorInnen in ihrem Arbeitsbereich wirken, oder bei 'Stammtischgesprächen' (zu denen ich auch die gelegentlichen Leserbriefe und Zeitungsartikel zählen möchte) versuchen, den rechten Konsens und die gedanklichen Stereotypen aufzuweichen. Wir sollten uns bewusst sein, dass die breite Zustimmung zu den rechten Ideen, Argumentationen und Projekten (vor allem zu der Politik der neoliberalen Globalisierung in all ihren Verästelungen und Konsequenzen) nicht das Resultat der Einsicht in die berüchtigten 'Sachzwänge' ist, sondern das Ergebnis eines von rechts äußerst strategisch geführten Kampfes um die 'Köpfe'. Mächtige, finanziell potente Thinktanks, wie die Bertelsmann-Stiftung, die uns aus den Diskussionen um die Universitätsreformen nur zu gut bekannt ist, bereiten intellektuell das Terrain, um Zustimmung zu einer Politik herzustellen, die nur wenigen zugute kommt.

Was heißt nun aber (linke Kunstgeschichte)? Nach Meinung Vieler gibt es nur die eine Wissenschaft und Wissenschaftlichkeit, die sich tunlichst gegen politische Einflüsse, von welcher Seite auch immer, immunisiert. Diese Vielen sehen nicht oder ignorieren, dass die Kunstgeschichte - wie alle Wissenschaften - im Prozess ihrer Arbeit, mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten und durch die Aktivitäten ihrer Organisationen (der Denkmalpflege, der Museen, der universitären Kunstgeschichte und so weiter) laufend sowohl im Ensemble der Disziplinen als auch gegenüber den gesellschaftlichen Kräften und Mächten, den politischen Entscheidungen und Trends, ihre Position definiert, nicht nur im intellektuellen, sondern auch im politischen Kräftefeld. Auch sie wird unentwegt gedrängt, sich den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Am Ausstellungs- und Museumswesen sowie in der Denkmalpflege ist am deutlichsten zu beobachten, wie massiv die Kapitalinteressen in unsere Disziplin hineinwirken. Aber auch die Forschungsprojekte, die curricularen Konzeptionen, die in die Hochschulreformen verquickt sind, stellen keinen exempten Bereich der (reinen) Wissenschaft dar. Unter dem Druck der direkten Verwertbarkeit wird kaum noch Forschungszeit gewährt und haben Forschungsfragen kaum Chancen, die sich gegen diesen Trend sperren. Eine linke Kunstgeschichte wird darüber hinaus fragen, wie die inhaltlichen Präferenzen und die methodologischen Entscheidungen innerhalb der eigenen Disziplin mit sozialen und politischen Konstellationen zu erklären sind.

Wo hat man in letzter Zeit – nur ein Beispiel – eine Ausstellung gesehen oder

eine Forschungsarbeit gelesen, die künstlerische Arbeitsformen thematisiert und dabei nicht die bewussten oder unbewussten subjektiven Impulse eines Künstlers, sondern die allgemeine gesellschaftliche Arbeit zum Parameter nimmt, die fragt, welche Vorreiterrolle die Künste für die Entwicklung modernster Medien und Technologien übernehmen? Müsste eine kritische Kunstgeschichte nicht fragen, wie die Tendenz, konkrete historische Realitäten auszublenden und stattdessen auf das Erklärungsmodell einer anthropologisch oder psychologisch gegebenen Grundstruktur zu rekurrieren, aus politischen Opportunitäten oder Präferenzen zu erklären ist und seinerseits sozialpolitisch determiniert ist?

Wenn die Kunstgeschichte sich gegenwärtig zunehmend als Bildwissenschaft definiert, so muss sie als ihre größte Herausforderung die Massenmedien begreifen, oder, wie es Max Horkheimer und Theodor W. Adorno zutreffender, konkreter benannt haben, die (Kulturindustrie). Wer die aktuelle Diskussion um die Probleme der Hauptschulen verfolgt hat, wird eine Ahnung davon gewonnen haben, wie tief die Ideen und Bilder dieser Kulturindustrie bereits in die Köpfe und Seelen und Handlungsimpulse der Kinder eingedrungen sind und dabei sind, jede andere Aufnahmefähigkeit und produktive Perspektive zu verdrängen und zu unterdrücken. Es gelingt kaum noch, den Horizont dieser Handlungsbilder von Gewalt und gewalttätiger Sexualität in der Phantasie der Kinder zu überschreiten. Die Kunstgeschichte darf sich in dieser Situation nicht darauf beschränken, ihr großes visuelles und ästhetisches Potential in einer Art intakter Gegenwelt zu bewahren. Sie muss Wege finden zu zeigen, wie memoriale, mentale Enteignungen vonstatten gehen und Unterwerfungen unter die Bilder der Gewalt und Macht erzwungen werden.

Sie kann aber auch zeigen, wie sich der machtvolle gesellschaftliche Konsens, der über die alten Bildmedien hergestellt wurde – indem die Apparate der Kirchen und des Staates sie in Dienst nahmen – immer wieder aufbrechen ließ. Bilder, die bessere soziale Lösungen und Zustände, eine bessere Idee vom guten Leben imaginierten, konnten so ein Stück eigener, nicht oder weniger durchherrschter Kultur erobern. Schon der Prozess des Herstellens dieser Bilder – und auf Seiten der BetrachterInnen der Prozess ihrer Aneignung - förderte zugleich die Fähigkeit, einen Gegenstand, ein Gegenüber, intensiv wahrzunehmen und zu entdecken. Das dürfte der erste Schritt sein, um Stereotypen des Denkens, Sehens und Handelns aufzubrechen und subjektive Souveränität zurückzugewinnen.